

Referat für Jutta Reiter
Bewertung des Arbeitsmarktes für die Sitzung
des Ausschusses für Wirtschaft und Beschäftigungsförderung
am 20. Juli 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer behauptet, unser Arbeitsmarkt sei kerngesund, der verschließt die Augen vor der Tatsache, dass trotz steigender Erwerbszahlen und sinkender Arbeitslosenzahlen die hohe Arbeitslosigkeit noch immer nicht überwunden ist.

Lassen Sie mich dazu drei Punkte näher ausführen:

1. Auch in Dortmund haben wir eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, die aber zunehmend auf einen Arbeitsmarkt trifft, der seine Qualität in steigendem Maße verändert: Auch wenn die meisten Menschen noch im sogenannten Normalarbeitsverhältnis beschäftigt sind, frant der Arbeitsmarkt immer stärker und nicht mehr nur an den Rändern aus - auch in Dortmund.
Und zwar je nach Branche mehr oder weniger stark. Ver.di hat das in den Zahlen für den Dortmunder Einzelhandel einmal dargestellt. Von den etwa 20.000 Beschäftigten im Dortmunder Einzelhandel sind nur noch 40 % vollzeitbeschäftigt, 26 % in einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit, 26 % haben einen ausschließlichen Minijob und 8 % arbeiten in einem Minijob in Nebentätigkeit.

Viele Einzelhandelsbeschäftigte arbeiten inzwischen für Stundenlöhne unter 8,50 €.

2. Die Behauptung, die häufig als Pluralisierung bezeichnete Veränderung der Arbeitsverhältnisse sei nicht automatisch gleichzusetzen mit Prekärisierung stimmt und deswegen muss man mit der Analyse auch auf die Ebene der Beschäftigten wechseln, um aus ihrer Sicht die Entwicklung einzuschätzen: Wenn von Pluralisierung der Arbeitsverhältnisse gesprochen wird, dann geht es um Flexibilisierungen. Diese sind aber für die Beschäftigten häufig mit höheren Leistungsanforderungen und mit weniger Einkommen verbunden. So hat sich die Leiharbeit in dieser Stadt verdreifacht. Sie ist zwar immer noch auf einem geringen Niveau gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Stadt, doch durch die schlechte Bezahlung erhöht sich der Druck auf die Normal-Arbeitsverhältnisse. So verdient in Dortmund ein in der Produktion beschäftigter Arbeitnehmer im Median (genauso viel Abweichung nach unten wie nach oben) 3.100,00 € und in der Leiharbeit nur 1.700,00 € oder anders gesagt, in den Unternehmen, in denen Leiharbeit eingesetzt wird, verdienen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nur ca. 60 % des vorgesehenen Tariflohnes. Da entsteht Druck auf dem Kessel. Das treibt bei den Kolleginnen und Kollegen die Angst um die Sicherung langfristiger, existenzsichernder Löhne. Mal ganz abgesehen von dem seit 2003 anwachsenden Druck auf Hartz-IV-Empfänger jedes Arbeitsverhältnis annehmen zu müssen. Was die Dequalifizierung weiter vorantreibt.

Untersuchungen bestätigen, dass die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gruppe der atypisch Beschäftigten (Alter, Geschlecht, Qualifikationsniveau, Migrationshintergrund) sich unterscheidet von der Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Normalarbeitsverhältnis. In allen Formen mit Ausnahme der Leiharbeit sind z. B. Frauen überrepräsentiert. Das heißt, die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes wird durch seine Flexibilisierung, weiter zementiert – mit allen sozialen Konsequenzen. Die Dortmunder Untersuchungen im Rahmen des Projektes „work-life-balance in der Logistik“ kommt aber da zum Beispiel bezogen auf die Arbeitszeitwünsche der Frauen zu ganz anderen Aussagen.

Gleiche Ergebnisse lassen sich auch feststellen bezogen auf das Qualifikationsniveau (Abwärtsspirale) und den Migrationshintergrund. Die Brückenfunktion in ein Normalarbeitsverhältnis ist nicht die Regel. Die Übergänge finden häufig nur von atypisch zu atypisch statt oder von Normalarbeitsverhältnis in Normalarbeitsverhältnis.

Besonders schwer ins Gewicht fällt, dass insbesondere immer mehr junge Menschen von der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse betroffen sind. Von 25- bis 34-jährigen waren 2010 30 % betroffen, von den über 35-jährigen hingegen nur 16 %. Und während der Anteil bei den Älteren konstant ist, steigt er bei den Jüngeren an.

Häufig geht es hier um befristete Arbeitsverhältnisse, die stetig zunehmen. 2001 lag der Anteil der befristet eingestellten Personen in NRW bei 25 %, 2009 lag dieser Anteil bereits bei 52 % und dieser Anteil überstieg erstmalig den Anteil unbefristet eingestellter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die DGB-Jugend hat in ihrer regionalen Auswertung „Generation Praktikum für NRW“ festgestellt, dass 72 % der Befragten unmittelbar nach ihrem Hochschulabschluss einer prekären Beschäftigung nachgingen. 27 % machten ein Praktikum, eine Hospitanz oder ein Volontariat, 28 % arbeiteten in einer befristeten abhängigen Beschäftigung Vollzeit oder Teilzeit und unbefristet Voll- oder Teilzeit waren lediglich 23 % der Hochschulabsolventinnen und –absolventen beschäftigt. Bedeutend erscheint mir aber, dass auch dreieinhalb Jahre nach dem Studienabschluss nur 36 % der Befragten ein unbefristetes abhängiges Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit oder Teilzeit vorweisen konnten.

Die Entwicklung in der befristeten Beschäftigung korrespondiert auch mit der Dauer der Beschäftigung bei der Abmeldung aus Arbeitslosigkeit. Hier ist es nicht nur so, dass die Dauer der Beschäftigung von Hartz IV Empfängern mit bis zu 4 Monaten sehr gering ist. Auch die Dauer der Beschäftigungen im SGB III Bereich sind mit bis zu einem halben Jahr für eine steigende Anzahl der Arbeitslosen nicht so viel länger.

Viele Aspekte sind in der Datenlage bisher nicht abgebildet und daher sind die Daten auch nicht vollständig. Die Anzahl der Selbständigen, die mit Werkverträgen arbeiten, steigt beständig an und auch die Frage nach der Ausweitung des Niedriglohnsektors lässt sich aufgrund dieser Datenlage nicht ausreichend beantworten. Hierzu wären genauere Daten notwendig. Aber viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen machen ihren Anspruch auf staatliche Hilfe nicht geltend.

Die Zahl der anspruchsberechtigten Sozialticketnutzer im Pilotversuch gibt hier sicherlich einen Anhaltspunkt (24.000).

Die gesamten sozialen Auswirkungen der prekären Beschäftigungen sind hinlänglich bekannt. Und auch über die Folgekosten für die Volkswirtschaft wurde intensiv diskutiert.

3. Insgesamt lässt sich also feststellen, die neue Qualität des Arbeitsmarktes besteht darin, die, die draußen sind, auch aus langfristiger gesicherter Beschäftigung rauszuhalten. Und genau an diesem Punkt gilt es anzusetzen. Statistisch ist der Arbeitsmarkt in den meisten Quoten im Vergleich zu Ruhrgebietsstädten bzw. zu NRW durchschnittlich, aber das darf nicht der Maßstab in dieser Stadt sein, oder? Es kommt weniger darauf an, wo wir stehen, als vielmehr wo wir hin wollen und wie wir es umsetzen. Wir können die gesetzlichen Leitplanken nicht gerade rücken. Aber diese Stadt kann ihren Beitrag leisten, zum Beispiel durch die Ansiedlung guter und qualifizierter Arbeit, durch die Auftragsvergabe und Tariftreue, durch die Vorbildfunktion bei eigenen Töchtern und durch unterstützende Maßnahmen zum Beispiel zur Leitung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur qualifizierten Weiterbildung.

Die Stadt kann gute Arbeit zum Leitbild werden lassen, das heißt

- die Einhaltung von sozialen Standards
- Beschäftigungssicherheit
- Existenz sicherer guter Lohn
- die Integration von Zielgruppen
- und die Beschäftigungsfähigkeit

können noch sehr viel stärker in den Vordergrund rücken. Es muss darum gehen, prekäre Beschäftigung nicht weiter zu stützen und somit dazu beizutragen, dass sie sich nicht durchsetzt.

Das wäre ein politischer Auftrag, der von diesem Ausschuss ausgehen kann.